# N i e d e r s c h r i f t

## der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung am 10.06.2026

***öffentlich***

---

| | |
|---|---|
| **Ort:** | **Stadthaus, Wappensaal,<br>Marktplatz 2,<br>06108 Halle (Saale)** |
| **Zeit:** | **17:00 Uhr bis 18:47 Uhr** |
| **Anwesenheit:** | **siehe Teilnahmeverzeichnis** |

**Anwesend waren:**

**Mitglieder**

| | |
|---|---|
| Maria Gringer | Ausschussvorsitzende,<br>Fraktion Volt/MitBürger |
| Udo Nistripke | AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Martin Sehrndt | AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Axel Sommer | AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Hans-Joachim Berkes | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Dr. Ulrike Wünscher | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),<br>Vertreterin für Herrn Körner |
| Patricia Fromme | Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) |
| Torsten Schiedung | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) |
| Christian Feigl | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Mario Kerzel | Fraktion Hauptsache Halle,<br>Teilnahme bis 18:27 Uhr |
| Iris Bereuther | Sachkundige Einwohnerin,<br>Teilnahme bis 18:30 Uhr |
| Richard Busch | Sachkundiger Einwohner |
| Cordula Henke | Sachkundige Einwohnerin,<br>Teilnahme ab 17:15 Uhr |
| Torsten Schaper | Sachkundiger Einwohner |
| Jirka Schuppe | Sachkundiger Einwohner |
| Nancy Troll | Sachkundige Einwohnerin |
| Cornelius Wohlgemuth | Sachkundiger Einwohner,<br>Teilnahme bis 18:30 Uhr |

**Verwaltung**

| | |
|---|---|
| Dr. Alexander Vogt | Oberbürgermeister |
| Sarah Lange | Büro des Oberbürgermeisters |
| Dr. Sabine Odparlik | Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung |
| Marc Kilian | Leiter Team Schulausstattung |
| Katrin Flint | Protokollführerin |

**Gäste**

| | |
|---|---|
| Mark Lange | Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH |
| Andreas Nowak | Geschäftsführer MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH |

**Entschuldigt fehlten:**

| | |
|---|---|
| Henry Körner | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Tim Kehrwieder | Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale) |
| Benjamin Müller | Sachkundiger Einwohner |

| | |
|---|---|
| Jascha Rihm | Sachkundiger Einwohner |
| Benedikt Weiß | Sachkundiger Einwohner |

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wurde von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Maria Gringer**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Punkte, die von der Tagesordnung zu nehmen oder neu draufzusetzen waren.

**Frau Gringer** verwies auf eine hinterlegte Information unter TOP 7.2.

**Herr Schiedung** vertagte den Antrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 bis September 2026.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Gringer** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.04.2026

5. Beschlussvorlagen

5.1. Jahresabschluss 2025 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VIII/2026/02699

5.2. IT-Konzept 2025 für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01809

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße
Vorlage: VIII/2025/01852 **vertagt**

7. Mitteilungen

7.1. Das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle als Technologie- und Gründerzentrum der Medien- und Kreativwirtschaft

7.2. Drittmittel städtischer Haushalt
Vorlage: VIII/2026/02816

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

9. Anregungen

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.04.2026

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

## zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

## zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.04.2026

**Frau Gringer** verwies auf einen vorliegenden Einwand.

**Herr Nistripke** erhebt Einwand gegen die Vollständigkeit der Niederschrift vom 15.04.2026 im Tagesordnungspunkt 6.2: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union (KITU) Vorlage: VIII/2026/02265. Konkret wird um Ergänzung seines Wortbeitrages gebeten.

**Frau Gringer** bat um Abstimmung des Einwandes.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Dem Einwand wurde zugestimmt. Die Niederschrift vom 15.04.2026 wird um einen Nachtrag ergänzt.

**Frau Gringer** bat um Abstimmung der Niederschrift vom 15.04.2026.

**Abstimmungsergebnis:** **bestätigt**

## zu 5 Beschlussvorlagen

## zu 5.1 Jahresabschluss 2025 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VIII/2026/02699

**Frau Gringer** bat um Erteilung des Rederechts für den Geschäftsführer der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, Herrn Mark Lange. Das Rederecht wurde erteilt.

**Herr Lange** berichtete anhand einer Präsentation über den Jahresabschluss 2025 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH. Bei den Ankünften ist ein Plus von 5,9 Prozent zu verzeichnen, wobei Übernachtungen im Stadtgebiet um 1,9 Prozent zurückgegangen sind. Es ist anzunehmen, dass aufgrund steigender Lebenshaltungskosten weniger Kurz- und Städtereisen stattfinden.

Er sagte, dass Halle (Saale) weitere Hotelbetten benötigt. Besonders in den Reisemonaten Mai, Juni, September, Oktober bei großen Tagungen und Kongressen sowie Veranstaltungen wie den Händel-Festspielen, reichen die Hotelbetten nicht aus. Besucher der Händel-Festspiele weichen durchaus auf Übernachtungsmöglichkeiten in Leipzig aus. Anhand einer Darstellung verdeutlichte er auch die dynamische Preisgestaltung im Hotelmarkt, welche ebenso Auswirkungen auf die Übernachtungsquote hat.

Im Weiteren berichtete er von einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von +10,2 Prozent, Erlöse Gruppentouristik +4,22 Prozent, Besucher Tourist-Information +12,8 Prozent, Umsatzerlöse Tourist-Information +14,8 Prozent und Erlöse Shop SALZ & MEHR +74,4 Prozent.

Bei den Aufwendungen ist zu verzeichnen: Kosten Gruppentouristik +10,6 Prozent, Kosten Werbung -0,9 Prozent, Kosten Messeauftritte -26,39 Prozent und Personalaufwendungen +3,46 Prozent.

**Herr Lange** sagte, dass der Shop SALZ & MEHR weiterentwickelt wurde. Es wurden weitere Produkte eingeführt und in 2025 insgesamt 36.892 Produkte verkauft. Im neu eröffneten Shop „Wein & Mehr“ wurden allein im Dezember 1.115 Flaschen verkauft.

Die Veranstaltungsreihe „Im Sommer nach 8“ lief auch in 2025 sehr gut. Im Zeitraum vom 7. August bis 22. August 2025 fanden 16 Veranstaltungen statt. Diese waren jeden Abend ausverkauft mit rund 10.500 Besuchern.

Zum größten Rad-Event Deutschlands, der Lidl Deutschland-Tour, gab es ein ganztägiges Rahmenprogramm auf dem Marktplatz mit 8.500 Besuchern und einer Wertschöpfung für Halle (Saale) von 375.000 Euro.

Auch das 1. Hallesche Weinfest fand 2025 statt. Mit Weinen von regionalen Winzern gab es auf dem Marktplatz ein Rahmenprogramm mit 25.000 Besuchern an 3 Tagen und einer Wertschöpfung für Halle (Saale) von 742.500 Euro.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.*

**Herr Nistripke** bezog sich auf den Lagebericht und das Ziel die Studentenzahl steigern zu wollen. Stabile Studentenzahlen ja, Steigerung seiner Meinung nach schwierig, da das Land die Universität nicht mit mehr Geldern finanzieren wird. Das Ziel „Steigerung“ ist an der Stelle

nicht sinnvoll, wenn die Universität nicht ausreichend Plätze zur Verfügung hat.

Er bezog sich weiterhin auf die Aussage „Wohlfühlfaktor Weihnachtsmarkt“. Angesichts der notwenigen Sicherheitsmaßnahmen auf dem Weihnachtsmarkt ist diese Formulierung schwierig.

Bezugnehmend auf die Stadtführungen fragte er, ob Promotionkräfte kostengünstiger wären.

**Herr Lange** sagte, dass die Einschreibungszahlen in 2025 um 2 Prozent gesteigert werden konnten. Die Formulierung „Wohlfühlfaktor Weihnachtsmarkt“ ist seiner Ansicht nach angemessen. Sicherheitsvorkehrungen sind nun einmal notwendig. Hinsichtlich der Promotionkräfte sagte er, dass solche beispielsweise beim Weinfest unterstützen, oder aber bei Begehungen der Hausmannstürme oben vor Ort sind zur Sicherung. Gästeführungen werden ausschließlich von ausgebildeten Gästeführern übernommen.

**Frau Troll** fragte, wie die Besucherzahlen ermittelt werden, die nicht in Halle (Saale) übernachten.

**Herr Lange** sagte, dass dies in einer Auftragsarbeit mit dem Institut DIF erfolgt. Dieses hat für 2024 über 5 Millionen Tagesbesucher ermittelt. Bei Veranstaltungen wie dem Weinfest beispielsweise werden Luftbildaufnahmen angefertigt. Durchschnittlich halten sich Besucher zwei Stunden auf dem Weinfest auf. Täglich werden vier bis fünf Luftbildaufnahmen erstellt. Mithilfe von KI wird die Besucherzahl dann ermittelt. Da die Veranstaltung nicht eingezäunt ist, können die Besucher nicht selbst gezählt werden.

**Herr Feigl** fragte, inwieweit eine Umsetzung des Caravan-Stellplatzes am Sandanger zur Anhebung der Caravan-Besucherzahlen beitragen kann. Er fragte weiterhin, wie sich die Sanierung des Campingplatzes am Nordbad auf die Besucherzahlen auswirken wird.

**Herr Lange** sagte, dass der Caravan-Markt momentan der am stärksten wachsende Tourismusmarkt ist. Letztes Jahr war bereits ein Zuwachs von 10 Prozent im Caravan-Bereich zu verzeichnen. Bisher profitiert Halle (Saale) noch nicht davon, da die Gegebenheiten nicht vorhanden sind.

Der Campingplatz am Nordbad wurde im Zuge der Sanierung mit einer neuen Sanitäranlage versehen, sowie mit weiteren Stellflächen. Es gibt vier offizielle Plätze in der Fährstraße, jedoch ohne Wasseranschluss und Sanitär. Geplant ist zusätzlich ein Caravan Stellplatz am Sandanger mit 70 Stellplätzen und zusätzlichen Zeltplätzen. Die erforderlichen Gutachten wurden bereits erstellt. Man ist derzeit zusammen mit der EVG in der Kostenplanung. Es ist mit einer guten Wertschöpfung zu rechnen.

**Herr Feigl** sagte, dass die Veranstaltung „Im Sommer nach 8“ als sehr angenehme Veranstaltung wahrzunehmen ist.

**Herr Wohlgemuth** fragte, ab wann die zusätzlichen Stellplätze zur Verfügung stehen werden.

**Herr Lange** antwortete, dass diese frühestens 2028 zur Verfügung stehen. Aufgrund des Hochwasserschutzgebietes fallen die Kosten höher aus. Fördermittelanträge werden derzeit gestellt.

**Frau Gringer** sagte, dass die im Dezember beschlossene Kürzung des Zuschusses an die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH um 13.000 Euro mit dem jüngsten Haushaltsbeschluss zurückgenommen wurde. Sie fragte, ob diese 13.000 Euro in 2026 in Anspruch genommen werden.

**Herr Lange** bedankte sich für den Hinweis.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** kündigte an, dass vom 3. bis 6. September 2026 als weitere Veranstaltung „Das internationale Dorf“ auf dem Marktplatz stattfinden wird. Aus verschiedenen Ländern werden kulinarische Köstlichkeiten und kulturelle Highlights präsentiert. Für 2026 ist ein „Holländisches Dorf“ geplant. Ziel ist es, jedes Jahr eine weitere Veranstaltung auf dem Marktplatz stattfinden zu lassen.

Bezugnehmend zu Tagesbesuchern, sagte **Herr Lange**, dass die jeweilige Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) entsprechend einer Berechnungsgrundlage ermittelt wird. Die Stadt Halle (Saale) kann für einen Übernachtungsgast eine Wertschöpfung pro Tag in Höhe von 149,00 Euro erzielen. Bei einem Tagesbesucher hingegen wird mit einer Wertschöpfung von 29,70 Euro kalkuliert. Im Jahr 2024 wurde eine Wertschöpfung in Höhe von 268 Millionen Euro für Halle (Saale) berechnet. Der überwiegende Teil wird durch Tagesbesucher erzielt.

**Frau Gringer** bat um Einstellung der Präsentation in das Ratsinformationssystem.

Es gab keine weiteren Fragen.

**Frau Gringer** bat um Abstimmung.

| | |
|---|---|
| **Abstimmungsergebnis skE:** | **einstimmig zugestimmt**<br>6 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen |
| **Abstimmungsergebnis SR:** | **einstimmig zugestimmt**<br>10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen |

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu der nachfolgenden Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 07.05.2026:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2025 mit einer Bilanzsumme von 430.134,27 Euro und einen Jahresüberschuss in Höhe von 23.291,08 Euro.

2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von 23.291,08 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Mark Lange) für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2025.

## zu 5.2 IT-Konzept 2025 für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/01809

---

**Herr Kilian** führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.*

**Herr Schiedung** sagte, dass noch nicht alle beschlossenen Punkte umgesetzt worden sind, so zum Beispiel eine 1:1-Ausstattung (bisher 1:4). Er fragte, ob sich der dezentrale Ansatz bewährt hat, und ob alle Schulungen aufgrund der Umstellung auf IServ abgeschlossen wurden. Er sagte, dass das Updateverfahren für Mobilgeräte kritisch ist. Geräte, die längere Zeit nicht genutzt werden, müssen erst Updates installieren, bevor sie einsatzfähig sind, mitunter ist dann eine Unterrichtsstunde bereits um. Hier bedarf es einer Lösung. Zum Authentifizierungsverfahren sagte er, dass mittel- und langfristig eine Umstellung für Lehrkräfte und Administratoren auf Passkeys erfolgen sollte.

**Herr Kilian** sagte, dass in den letzten zwei Jahren vier bis fünf großflächige Internetausfälle aufgetreten sind. Bei einer zentralen Lösung wären alle Schulen betroffen gewesen und hätten nicht mehr auf ihre Unterlagen zugreifen können. Die dezentrale Lösung hat sich dahingehend bewährt. Auch wenn es bei einer Schule zu Internetausfällen kommen sollte, kann innerhalb von IServ Kommunikation erfolgen.

Die Endgerätequote beträgt aktuell 1:4. Dies hängt u. a. mit der städtischen Haushaltslage zusammen. Um eine 1:1-Ausstattung zu erzielen, wird demnächst über die Steuergruppe Digital eine anders finanzierte Variante vorgelegt.

„Bring your own device“ ist mit IServ umsetzbar und wird von vielen Schulen bereits praktiziert. Einziges Problem ist, dass selbst mitgebrachte Ladekabel nicht geprüft sind. Man ist aber langfristig im Vorteil, da bei allen Endgeräten USB-C-Anschlüsse vorhanden sind. Die Verwaltung prüft gerade verschiedene Möglichkeiten (eine Anzahl geprüfter Netzteile vor Ort vorhalten oder Akkuwagen).

Die Schulungen zu IServ finden grundsätzlich am Ende der Einrichtungswoche von IServ statt. Im ersten Schritt erfolgt eine grobe Einweisung, im Weiteren eine genaue und vertiefende Schulung. Die Termine vereinbaren die Schulen in eigener Verantwortung.

Zur Thematik Updates sagte er, dass wöchentlich durch einen Administrator Updates für einen kompletten Klassensatz erfolgen. Dies ist im organisatorischen Prozess mit bedacht.

Den Hinweis, die Anmeldung durch Passkey zu ersetzen, nimmt die Verwaltung auf.

**Frau Fromme** sagte, dass eine 1:1-Ausstattung bei Grundschulen nicht sinnvoll ist, es aber gut ist, dass bereits Grundschüler den Umgang mit Laptop erlernen, um eine frühzeitige Medienkompetenz zu erwerben. Sie wünsche sich zusätzlich entsprechende Konzepte zum Umgang mit Smartphones. Das Land entwickelt bereits entsprechende Rahmenrichtlinien. Einige Schulen erarbeiten auch bereits Konzepte. Sie schlug vor, eine einheitliche Regelung zu finden bzw. den Schulen einen Leitfaden mitzugeben, ebenso die Frage Open-Source-Alternativen zu Windows zu bedenken.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** sagte, dass dies Aufgabe des Landes ist und nicht der Kommune. Die Kommune ist verantwortlich für die Infrastruktur der Schule und nicht für den Umgang mit Smartphones in Schulen.

**Frau Fromme** sagte, dass es als Anregung zu verstehen war. Die Kommune ist nicht für den Umgang mit Smartphones verantwortlich, aber ebenso wenig, den Schulen vorzuschreiben, wie sie ihr 1:1-Konzept umzusetzen haben. Die Themen, die die Digitalgruppe gerade entwickelt, gelten als Richtlinie, an der sich die Schulen orientieren können aber nicht müssen, und es ist in Ordnung als Kommune Angebote zu unterbreiten.

**Herr Kilian** berichtete, dass man eine Umfrage unter Eltern von schulpflichtigen Kindern durchgeführt hat, u.a. mit der Frage, ab wann ein Umgang mit Laptop als sinnvoll erachtet wird. Für Eltern von Grundschülern ist dies noch kein großes Thema, daher hält man in der Grundschule auch keine 1:1-Ausstattung vor, sondern ein kleineres Set. Er sagte weiterhin, dass sowohl Windows, IOS, aber auch Linux, je nach Bevorzugung der Schulen, angewendet wird.

**Herr Berkes** fragte, inwiefern sich die Anwenderbetreuung geändert hat. Zuletzt gab es daran Kritik.

**Herr Kilian** sagte, dass ein „single point of contact“ eingeführt wurde. Circa 80 Prozent der Tickets werden durch die Schulverwaltung generiert, circa 5 Prozent betreffen Netzwerkangelegenheiten und 15 Prozent pädagogische Probleme mit IServ. Es gibt ungefähr 350 Geräte in der Schulverwaltung und knapp 8.000 Geräte in der Pädagogik. Das Ticketsystem funktioniert. Die Anwenderbetreuung erfolgt wöchentlich proaktiv in den Schulen. Das Feedback der Schulen ist sehr gut. Vor Ort kann bei technischen Problemen geholfen werden, es erfolgen kleine Weiterbildungen sowie Hilfestellungen zur Umsetzung schulischer Vorgaben, Sicherheitsaspekte etc.

Er sagte weiterhin, dass die Schulen, wenn sie es möchten, kleinere Angelegenheiten auch selber regeln können (beispielsweise Passwort eines Schülers zurücksetzen), sie müssen es aber nicht und haben jederzeit die Möglichkeit Hilfe von Technikern zu erhalten.

**Herr Kerzel** sprach die Punkte des Konzeptes nacheinander an. In Punkt 1.1 wurde die Vorgabe der physischen und logischen Entkopplung noch nicht umgesetzt. Er fragte, wer die WLAN-Versorgung in den Schulen beauftragt hat und nach welchen Gegebenheiten wer welche Erweiterungen getätigt hat, um künftig das Problem WLAN abzustellen.

Zum Punkt 2.4 - Umsetzung der Landesvorgaben, sagte er, dass immer mehr Ressourcen herausgegeben werden, als das eingespart wird. Die Fraktion DIE LINKE hat im Bildungsausschuss den Hinweis gegeben, dass versucht werden sollte Servertechnik einzusparen, um Energie zu sparen und Ressourcen zu schonen. Und Halle (Saale) geht genau den anderen Weg. Ihm fehlen im Punkt 2.4 weitere Aussagen zu Perspektiven.

Zum Punkt 3.1.1, sagte er, dass eine klare Trennung zwischen privaten Endgeräten und den Endgeräten von Verwaltung und Schülern notwendig ist. Private Endgeräte dürften in diesen Netzen nicht vorhanden sein, weil die Administration von privaten Endgeräten äußerst schwierig ist, da sie kein Eigentum der Kommune sind.

Bei Punkt 3.1 fragte er nach den Backups von IServ-Servern, ob diese noch im Rechenzentrum liegen oder woanders.

Er sagte weiterhin, dass bei der Verteilung von Software-Updates ein höherer Verwaltungsaufwand als früher entsteht.

Zu Punkt 4 - Support Verwaltung/IT, fehlt ihm, wie der Support der Verwaltungsrechner in den Schulen gelöst werden soll. Beschrieben wird nur das „schul- und pädagogisches Netz“, nicht das Netz der Verwaltungsmitarbeiter.

Im Punkt 4.2 steht, dass eine zusätzliche Stelle geschaffen wurde. Seiner Ansicht nach ist in der Vergabe damals konkret geregelt gewesen, dass diese Dienstleistung von IServ zu erbringen ist.

Im Punkt 4.3 bat er um eine Kostenübersicht der Schulungen und Weiterbildungen, weil die Verwaltung administrative Zugriffe für Mitarbeiter der Schule (Lehrerinnen oder Lehrer)

gestatten möchte. Einige Aspekte wie Webzugriffe und Internetzugriffe sollen auch von der Lehrerschaft realisiert werden. Dies hält er für hochproblematisch.

Zu Punkt 9 fragte er, welchen Stellenwert IServ im Konzept der Stadtverwaltung Halle (Saale) hat und ob dieses Konzept mit der Abteilung IT und Digitale Verwaltung besprochen worden ist.

**Herr Kilian** nahm zu dem Fragenkatalog Stellung:

1. physische und logische Entkopplung innerhalb der Schule
   Hierzu wurde mit IT-Consult Halle vor ca. drei Monaten ein neues Netzwerkkonzept erstellt. Vorgabe war, die mit der Abteilung IT und Digitale Verwaltung sowie ISP und DSP abgestimmt war, dass eine logische Trennung ausreichend ist. Eine Schule hat nicht mehr mehrere Internetanschlüsse. Eine physische Trennung ist daher nicht möglich, ohne immense Mehrkosten zu verursachen. Das IT-Konzept wurde von der Abteilung IT und Digitale Verwaltung und seiner Abteilung bestätigt und IT-Consult Halle setzt dieses um im Sinne von Anhörung der Schulverwaltung.

2. Dienstleister - Problem Schulverwaltung, Netzwerk, Pädagogik
   Die IT-Consult Halle ist für Schulverwaltung und Netzwerke zuständig. Die Netzwerke wurden entsprechend der Vorgaben von IServ für das pädagogische Netz erstellt. Administratoren von IServ verändern nichts an der Konfiguration des Netzwerkes. Wenn so etwas sein sollte, läuft es über IT-Consult Halle. Dafür haben sie entsprechend auch den Auftrag, Netze zu verwalten. Wenn es Änderungen geben sollte, wird dies zusammen mit der Abteilung IT und Digitale Verwaltung sowie ISP und DSP abgestimmt. Grundsätzlich ist man hier in einer guten Kommunikation mit der IT-Consult Halle und den anderen städtischen Abteilungen.

3. Redundanz Internet Rechenzentrum
   Grundsätzlich war es eine interessante Planung, eine Redundanz zu erstellen, dass das Rechenzentrum die Internetversorgung übernimmt, und wenn das nicht der Fall ist, dass der dezentrale Server dies übernimmt. Es hat leider nicht funktioniert. Selbst in 2026 gab es längerfristige Ausfälle.

4. Punkt 2.3 WLAN
   Das IT-Konzept wurde 2020 beschlossen. Dann gab es einen Digitalpakt. Es war damals nicht möglich, eine komplette Ausleuchtung aller Schulen zu realisieren. „Typ Erfurt“ wäre überschaubar gewesen. Das soll nachträglich erfolgen. Grundsätzlich war in der Umsetzung angedacht, je Klassenraum einen Access Point zu etablieren. Es wurde aber nicht bedacht, dass diese an gleiche Stelle zu setzen sind. Ende 2026 möchte man sich damit genauer beschäftigen, eine Ausleuchtung von Typ Erfurt Schulen und dann ein systematisches Nachrücken. Grundsätzlich je Klassenraum einen Access Point und dann in gewählten Bereichen (bspw. Aula).

5. Punkt 2.4 ressourcenschonender Umgang mit Servern
   Es bedarf einer logischen Trennung. Server in Rechenzentren vorzuhalten wäre optional, verursacht aber auch Kosten. Hardwarekosten des Rechenzentrums sind gegenzuhalten, dementsprechend mindestens 50 Server.

**Frau Dr. Wünscher** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Es handelt sich hier um sehr detaillierte Fragestellungen, die an anderer Stelle zu behandeln sind.

**Herr Schiedung** sagte, dass die Fragestellungen in der entsprechenden Arbeitsgruppe thematisiert werden sollten.

**Frau Fromme** sagte, dass eine Fachdiskussion im Fachausschuss in Ordnung ist. Sie sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus.

**Herr Kerzel** sagte, die Fragen in die Arbeitsgruppe, in der er selber Teilnehmer ist, mitnehmen zu können. Dann würde sich aber eine Vertagung der Beschlussvorlage empfehlen.

**Frau Ginger** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Abbruch der Debatte.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja / 5 Nein / 2 Enthaltungen

**Herr Kerzel** stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage.

Auf die Nachfrage von **Herrn Berkes**, ob dies Konsequenzen mit sich bringen würde, sagte **Herr Kilian**, dass sich durch eine Vertagung keine kurzfristigen Auswirkungen ergeben würden.

**Frau Ginger** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**
8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat darum, die detaillierten Fragen der Verwaltung schriftlich zukommen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des IT-Konzepts für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale). Die Fortschreibung erfolgt im zweijährigen Turnus und wird dem Stadtrat als Informationsvorlage vorgelegt. Bei wesentlichen oder grundlegenden Änderungen des IT-Konzepts erfolgt die Vorlage als gesonderte Beschlussfassung.

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

## zu 7 Mitteilungen

## zu 7.1 Das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle als Technologie- und Gründerzentrum der Medien- und Kreativwirtschaft

Das Rederecht für Andreas Nowak wurde erteilt.

**Herr Nowak** stellte den Ausschussmitgliedern das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle als Technologie- und Gründerzentrum der Medien- und Kreativwirtschaft anhand einer Präsentation vor.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.*

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 7.2 Drittmittel städtischer Haushalt Vorlage: VIII/2026/02816

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 7.3 Mitteilung zum Anliegertreffen Halle-Ost

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** berichtete zum Anliegertreffen in Halle-Ost. Ziel derartiger Anliegertreffen ist es, die Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und den ansässigen Gewerbetreibenden zu verbessern.

**Frau Dr. Odparlik** ergänzte die behandelten Themen. Informiert wurde über das Serviceangebot des Fachbereiches Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie den aktuellen Sachstand von HAL-City. Anschließend tauschten sich die Gewerbetreibenden mit der Verwaltung über Themen wie Mobilitätsinfrastruktur, öffentlichen Nahverkehr, Straßenzustand, Sauberkeit und Sicherheit aus.

**Herr Feigl** sagte, dass er an der Veranstaltung in seiner Funktion als Gewerbetreibender im halleschen Osten teilgenommen hat. Er empfahl, dass die Verwaltung auf derartigen Veranstaltungen verstärkt den Mehrwert von HAL-City und dem Digitalen Zwilling vorstellt. Dies wurde zu kurz thematisiert.

## zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

## zu 8.1 Anfrage Frau Troll zu geplanten Veranstaltungen auf dem Marktplatz

**Frau Troll** fragte, wie zusätzliche Feste auf dem Marktplatz finanziert werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** antwortete, dass weitere Veranstaltungen zwar Ausgaben verursachen, zugleich aber einen finanziellen Mehrwert für die Stadt Halle (Saale) schaffen. Welche konkreten Veranstaltungen auf dem Markt geplant sind und welche Kosten sich damit ergeben, befindet sich derzeit noch in der Planung.

## zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

**Frau Ginger** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

| | |
|---|---|
| Maria Gringer<br>Ausschussvorsitzende | Katrin Flint<br>Protokollführerin |